Ausgabe für Groß-Berlin
10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 5. Dezember 1925
Sonnabend Abend

Chefredakteur: Dr Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstrasse 30–32. Fernsprecher: Amt Hasenheide 5979—5999. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ“ erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4.35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen
Welt und Werk * Kraft und Stoff
Wirtschaft und Recht
Weltverkehr * DAZ im Bilde.

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse Berlin SW 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0.45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. :—: :—: Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif :—: :—:

64. Jahrgang
5 12. a
Nr. 573

Rüstungsfragen.

Von
Generalmajor a. D.
v. Frankenberg u. Proschlitz.

Die unverhältnismäßig starken Rüstungen Polens und der Tschechoslowakei sind in diesen Ländern ständig mit der angeblichen Gefahr und Befürchtung eines deutschen Angriffs begründet worden. Von uns aus gesehen bedeutet indes diese schwere, von Frankreich gestützte Rüstung der Oststaaten gerade für das entwaffnete Deutschland eine auf die Dauer nicht gut tragbare Bedrohung. Dieser Auffassung auf deutscher Seite als berechtigt Anerkennung zu verschaffen, ist heute um so notwendiger, als zwangsläufig nach Locarno die Frage einer allgemeinen Rüstungsherabsetzung im Sinne des Versailler Vertrages auch bei den östlichen Militärstaaten in den Vordergrund der Erörterungen rücken muß und die Oeffentlichkeit des übrigen Auslandes unsere Auffassung noch keineswegs in sachlich nüchterner und billiger Abwägung ausreichend beachtet und gewürdigt hat.

Als im Frühjahr dieses Jahres die Umrisse eines Sicherheitspaktes sich in den Erörterungen der europäischen Presse abzuzeichnen begannen, schrieb der „Kurjer Poranny“: „Realpolitisch kann der französische Rückzug vom Rhein nur durch Stärkung Polens und die Festigung seiner Stellung an der Ostsee ausgeglichen werden.“ — Die „Gazeta Warszawska“ sagte am 10. März und 21. März noch unverblümter: „Nicht der mit dem lächerlichen Namen Korridor bezeichnete Gebietsstreifen sei die Quelle des Unfriedens in Europa, sondern die Tatsache, daß Ostpreußen bei Deutschland geblieben ist. Wer den Versailler Vertrag in seinen Osteuropa betreffenden Bestimmungen im Geiste wahrhafter Friedlichkeit verbessern wolle, der möge der deutschen Herrschaft in Ostpreußen ein Ende machen und es ein für allemal Deutschland abnehmen!“ — Daß Polen auch noch mit Inbesitznahme von Danzig, der ostpommerschen Küste und dem entsprechenden Hinterlande eine breitere Seebasis gewinnen müsse, haben wir mehr als zu oft von jenseits unserer Ostgrenze hören müssen!

Im Hinblick darauf diente es nicht zur Beruhigung Deutschlands, daß gerade in dem Gebiete des „lächerlichen Korridors“, zwischen Ostpreußen, Grenzmark, Pommern und Danzig in diesem Jahre die ersten großen polnischen Manöver stattfanden. Wenn auch der Generalstabschef, Divisionsgeneral Haller, darzulegen sich Mühe gab, daß kein aggressiver Gedanke die Anlage des Manövers oder die Auswahl des Geländes beeinflußt habe und an Polens Friedfertigkeit kein Zweifel erlaubt sei, so kann er damit keinen kundigen Militär überzeugen, zumal die Parteien mit Sonderwaffen und Flugzeugen so verschieden ausgestattet waren, wie etwa das deutsche und polnische Heer. — Welche Bedeutung im übrigen diesen vom Inspekteur der 3. Armee, General Sierski geleiteten Manövern im „befreiten Polen“ oder der „Pologne maritime“, dem „Seepolen“, wie die Franzosen das Korridorgebiet umzutaufen bereits für zeitgemäß erachten, beigelegt wurde, erhellt daraus, daß ihnen außer dem General Gouraud, Gouverneur von Paris, und General Ironside, Chef der Militärakademie beim britischer Generalstabe und ehemaligem Führer der englischen Landungsarmee, die 1918—1919 bei Archangelsk gegen die Bolschewiken kämpfte, u. a. die Generalstabschefs der kleinen Entente und obersten Führer aus den Randstaaten beiwohnten. und aus dem eigenen Lande u. a. sämtliche Armee- und Waffeninspekteure, die Abteilungschefs des Generalstabes, sowie zahlreiche Vertreter der Zivilregierung, Parlamente und Presse hinzugezogen waren. — Zur Vervollständigung dieses Bildes vom „Kriege im Frieden“ gehört, daß in der Tschechoslowakei zwar keine Manöver im großen Rahmen, dafür aber bei allen Divisionen Divisionsmanöver stattfanden, deren Uebungsgelände hauptsächlich an der schlesischen, sächsischen und bayerischen Grenze lag!

Den Beweis für das erdrückende und darum stets beunruhigende militärische Uebergewicht unserer östlichen Nachbarstaaten liefert schon der Vergleich der Friedensstärken der polnischen und tschechoslowakischen Armeen mit dem deutschen 100 000-Mann-Heer mit seinen 7 Infanterie- und 3 Kavalleriedivisionen oder 63 Bataillonen, 79 Eskadrons, 72 leichten Batterien und knapp 2000 Maschinengewehren, dem alle schweren Waffen, Kampfwagen, Flugzeuge, materiellen und personellen Reserven und jede Art von Mobilmachungsvorbereitung fehlen. Bei 27 Millionen Bevölkerung hält Polen rund 300 000 Mann einschließlich eines östlichen Grenzwachtkorps unter den Waffen, was 1,08 % der Bevölkerung ausmacht. (Deutschland 0,16 %.) Das Rekrutenkontingent für 1925 beträgt 170 000 Mann und mit den ausgebildeten Reserven sind 2 Millionen Streiter verfügbar. Die 30 Infanterie- und 4 Kavalleriedivisionen umfassen 270 Bataillone und 200 Eskadrons. 321 leichte und etwa 110 schwere Batterien, 6000 leichte und 3600 schwere Maschinengewehre, 160 Kampfwagen und 360 Flugzeuge vervollständigen die materielle Ausrüstung. Der Heereshaushalt für 1925/26 mit 727 Millionen Zloty verschlingt 33⅓ % des gesamten Staatshaushaltes. Allein für Ausrüstungsreserven sind 108,4 Millionen Zloty bewilligt worden! — Vor kurzem hat der polnische Kriegsminister in Paris sich über den Stand des polnischen Heeres wie folgt geäußert: „In jedem Jahre vermehrt sich die polnische Bevölkerung um 1 Million Köpfe. In zwei Jahren wird Polen 70 Divisionen aufstellen können. 4 Millionen Menschen sind bereits für eine Mobilmachung verfügbar. 40 Munitions- und Waffenfabriken sind schon errichtet.“ — Bei der Beratung des Haushalts im Senat hob er hervor, daß in der Herstellung von Kriegsmaterial die Unabhängigkeit vom Auslande nahezu erreicht sei. Die schwersten großkalibrigen Geschosse, die Gasschutzmittel, Flugzeuge und demnächst auch die Motoren könnten jetzt im Lande hergestellt werden. Die Produktion an Gewehren betrage jetzt schon 150 000 Stück im Jahre!

(Fortsetzung auf Seite 2.)

Das Kabinett zurückgetreten.

Am Sonnabend vormittag um 11 Uhr trat das Kabinett zu einer Sitzung zusammen, in der verschiedene Fragen, unter anderem Erwerbslosenfürsorge und Beamtengehälter nach Vortrag der Referenten besprochen wurden.

Nach Schluß der Kabinettssitzung fand eine Ministerbesprechung statt, in der der Beschluß über den Rücktritt des Kabinetts gefaßt wurde.

Am Nachmittag begab sich der Reichskanzler zum Reichspräsidenten und unterbreitete ihm die Demission des Kabinetts.

Voraussichtlich wird der Reichspräsident nach Annahme des Rücktritts zunächst mit den Führern der verschiedenen politischen Parteien Fühlung nehmen.

*

Die Mehrzahl der Parlamentarier befindet sich nicht in Berlin. Die wenigen, die man im Reichstage trifft, zeigen sich an dem Verlaufe der Krise sehr wenig interessiert. Alles war ja auf den pünktlichen Beginn der Krise vorbereitet; alles erwartet Dr. Luthers Wiederbetrauung. Man rechnet auch nicht mit einer langen Dauer der Krise, da man Dr. Luther ein rasches Durchgreifen zutraut und glaubt, daß er die Tage bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages ausnutzen wird, um den Parteien eine vollständige Ministerliste zu präsentieren.

Auch auf der Linken hat man sich offenbar mit der Tatsache abgefunden, daß ein mittelparteiliches Kabinett Luther zustande kommen wird. Es ist kennzeichnend, daß man sich im wesentlichen auf den Kampf gegen Dr. Geßler beschränkt, und selbst dieser Kampf wird unlustig geführt. Man neigt der Ansicht zu, daß auch der jetzige Parteitag der Demokraten die von den Sozialdemokraten gewünschte aggressive Stellungnahme gegen Dr. Geßler sich nicht zu eigen machen wird, so daß Geßlers Verbleiben im Kabinett auf keinen Fall etwa ein Hindernis für den Eintritt der Demokraten in ein mittelparteiliches Kabinett bilden würde.

Die Abrüstungskonferenz.

Wie man sich in England den Gang der Dinge denkt.

sx. **London**, 5. 12. (Eigenbericht.)

Außer Lord Cecil und Chamberlain begibt sich der Kolonialsekretär Amery nach Genf, so daß England mit drei Kabinettsmitgliedern vertreten ist. Die vorbereitende Abrüstungskommission hat sich inzwischen die erste Absage geholt. Sie hatte bei Coolidge angefragt, ob sich Amerika an der Einsetzung des Ausschusses beteiligen könnte. Aus Washington wird heute gemeldet, daß Coolidge sich beeilte, der Kommission seine Sympathien für ihre Arbeit auszusprechen, daß es aber für Amerika mit gewissen Schwierigkeiten verknüpft sei, an dieser Kommission des Völkerbundes teilzunehmen, dem Amerika nicht angehöre. Die Kommission hat ihre Fühler auch nach anderen Richtungen ausgestreckt. Rußland und die Türkei werden erwähnt.

Den Gang der Verhandlungen stellt man sich auf englischer Seite etwa so vor: Der Völkerbundsrat ernennt in seiner Dezembersitzung die offizielle Abrüstungskommission nach den Vorschlägen des augenblicklich tagenden vorbereitenden Ausschusses. Die neue Kommission wird das ganze Jahr 1926 zur Aufstellung ihrer Vorschläge brauchen. 1927 werden sich dann der Rat und die Vollversammlung des Völkerbundes mit diesen Vorschlägen befassen, nicht etwa, um sie anzunehmen oder abzulehnen, sondern um zunächst einmal eine allgemeine Abrüstungskonferenz einzuberufen, wenn nicht Coolidge, was man immer noch hofft, dem Völkerbunde inzwischen zuvorkommen sollte.

Die in Locarno übernommenen Verpflichtungen sind natürlich, solange Frankreich nicht entsprechend seine Armee, besonders aber die U-Boot- und Luftflotte, abrüstet, mit Recht ein brauchbares Argument für England. In dieser Hinsicht untersucht heute „Daily Telegraph“ die Lage, die für England „durch den einseitigen Washingtoner Vertrag“ und den Locarno-Pakt geschaffen ist. In Washington ist England bereit gewesen, auf seine Vormachtstellung zur See zu verzichten, hat aber nicht erreichen können, das andere Länder auf ihre U-Boote und ihre Ueberlegenheit der Luftwaffe verzichten. In Locarno hat England neue Verpflichtungen auf dem Kontinent übernommen zu seinen Verpflichtungen, die es schon als Schutzmacht von 450 Millionen Menschen auf der ganzen Erde hat. Das sei nun eine völlig neue Situation, die sich nicht mit den Bedingungen vergleichen läßt, unter denen Engländer jemals gelebt haben, seitdem ihre Vorfahren aus Calais vertrieben wurden.

*

Der Minister des Aeußern Chamberlain und der Kolonialminister Amery sind heute früh zur Tagung des Völkerbundsrats nach Genf abgereist.

*

Genf, 5. 12. (W. T. B.) Das Komitee des Völkerbundsrates zur Prüfung der Abrüstungsfrage trat unter dem Vorsitz von Paul-Boncour zusammen, um die Vorschläge für die Vorbereitungsarbeiten für eine Abrüstungskonferenz zu erledigen.

Nach den Informationen der Schweizerischen Depeschen-Agentur wird dieser vorbereitende Organismus den Namen „Vorbereitendes Komitee für die Abrüstungskonferenz“ führen. Das Vorbereitungskomitee wird die Vollmacht haben, sich die Mitarbeit der technischen Organisationen des Völkerbundes zu sichern. Alle Fragen militärischer Natur sollen zur Begutachtung der Ständigen Konsultativen Kommission überwiesen werden, während die Fragen wirtschaftlichen Charakters einer gemischten Kommission unterbreitet werden sollen, die sich zusammensetzt aus Vertretern der vier Organismen des Völkerbundes, d. h. aus je zwei Mitgliedern der Wirtschafts-, Finanz- und Verkehrsorganisationen, die der Rat nach Befragung der betreffenden Organisationen zu ernennen hätte, ferner aus je zwei Vertretern der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmergruppe des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamts, die durch den Verwaltungsrat selbst bezeichnet würden. Das Vorbereitungskomitee wird sich aus Vertretern derjenigen Staaten zusammensetzen, die Sitz und Stimme im Völkerbundsrat haben sowie aus Vertretern einer gewissen Anzahl weiterer Länder, die der Rat in seiner nächsten Session bezeichnen wird, deren geographische Lage sie bezüglich des Abrüstungsproblems in eine Sonderstellung versetzt. Die Mitgliederzahl des Komitees soll nach Möglichkeit beschränkt sein.

Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service“

Deutsch-englisches Schiedsgericht.

Auszahlung der Dividende an Ausländer.

sx. **London**, 5. 12. (Eigenbericht.)

Das englisch-deutsche gemischte Schiedsgericht hat heute in London seinen Spruch über die Auslegung des Artikels 29b und des Anhangs zu Sektion 3 Teil 10 des Versailler Diktates gefällt. Es handelt sich um Gesellschaften englischen Rechts, deren Dividende an deutsche Staatsangehörige fällt. Diese Gesellschaften sollten nach englischem Gesetz über den Handel mit dem Feind liquidiert werden. Das britische Ausgleichsamt lehnte es ab, die nach Friedensschluß fälligen Dividenden mit Deutschland im Ausgleichsverfahren zu verrechnen, sondern schrieb sie auf Reparationskonto. Das deutsche Ausgleichsamt forderte dagegen die Dividenden an. Nach dem Vertragsparagraphen würde diese Meinung zutreffen, wenn die betreffenden Gesellschaften am Tage des Vertragsabschlusses bereits liquidiert waren. Das Schiedsgericht ist nun der Ansicht, daß damit nicht die völlige Beendigung der Liquidation gemeint ist, da in dem britischen Gesetz von 1916 die Liquidationsabsicht bereits ausgesprochen war. Es kommt darauf an, ob die Liquidation bereits am 10. Januar 1920 so weit vorgeschritten war, daß Dividenden schon bezahlt oder zugesichert worden waren. Das muß in jedem einzelnen Fall untersucht werden.

In der Klage der Persischen Teppichgesellschaft gegen die Persian Carped-Company Ltd. auf Zahlung von 26 000 Pfund wurde eine Entscheidung zugunsten der Klägerin gefällt.

Neue Angriffe der Drusen.

Beirut, 5. 12. (Sonderdienst der DAZ.)

Das offizielle Kommuniqué besagt, daß ein heftiger Angriff der Drusen gegen eine französische Abteilung auf dem Westabhange des Hermongebirges mit starken Verlusten abgeschlagen wurde. Der Angriff der Drusen sollte die Vereinigung dieser Abteilung mit einer im Süden stehenden verhindern, was jedoch nicht gelang. Beim Mejdel Schams kam es ebenfalls zu verlustreichen Gefechten.

*

Der neue Gouverneur von Syrien, Henry de Jouvenel, hat nach seiner Ankunft in Beirut den Repräsentationsrat von Groß-Libanon und Alaouita zur Ausarbeitung einer Konstitution im Rahmen des Völkerbundsmandats eingeladen und richtete gleichzeitig an die Aufständischen eine energische Mahnung zur Einstellung der Feindseligkeiten.

Die Ententestreitkräfte in Arabien.

In dem Mandatsland Irak (2,8 Millionen Einwohner), das bekanntlich wegen der Mossulgrenzfrage ein Brennpunkt in der Politik geworden ist, hat England etwa 12 000 Mann zur Verfügung, und zwar in der Hauptsache als Kampfkraft 8 Flugzeuggeschwader zu je 3 Staffeln, 4 Panzerwagenkompagnien und 1 Inft.-Batl., zusammen rund 2000 weiße Truppen; außerdem etwa 6000 indische Truppen (4 Batl., 1 Batterie) und 4000 Mann lose organisierte Iraktruppen, die aus Eingeborenen bestehen. In dem anderen Mandatsland Palästina (760 000 Einwohner) sowie in dem unter englischer Oberaufsicht stehenden Königreich Transjordanien (etwa 400 000 Einwohner) befinden sich etwa 1200 Mann britischer Truppen (1 Flugzeuggeschwader, 1 Panzerwagenkompagnie und 1 Kav.-Regt.). Im wesentlichen beruht also die militärische Macht Englands in diesen drei Ländern auf Fliegergeschwadern und Panzerwagen, deren Versorgung mit Brennstoff in ruhigen Zeiten keine Schwierigkeiten macht. Im englischen Stützpunkt Aden stehen etwa 2000 Mann weiße und 800 Mann indische Truppen. Für eine Verstärkung kommen in erster Linie britische Streitkräfte aus Aegypten in Frage.

Frankreich hatte bis zum Ausbruch der Unruhen in Syrien (2,5 Millionen Einwohner) etwa 26 000 Mann, und zwar rund 20 000 französische Truppen und 6000 syrische Hilfstruppen. Es waren vorhanden 7 Inf.- und 3 Kav.-Regt., 3 Panzerwagen-Abteilungen, 1 Kampfwagenkompagnie, 2 Artillerie-Rgt. sowie 8 Fliegerstaffeln mit etwa 100 Flugzeugen. Seither sind die französischen Truppen in Syrien etwa um die Hälfte verstärkt worden, so daß man jetzt mit 50 000 Mann rechnen kann. In den übrigen arabischen Staaten, die meist unter englischem Einfluß stehen, gibt es nur militärisch lose organisierte Verbände von Eingeborenen, die jedoch zum Teil auch moderne Kampfmittel besitzen.

Staatssekretär Dr. Trendelenburg wird zur Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen für den 10. Dezember in Paris erwartet.

Fortdauer der Prager Krise.

Vorläufig kein parlamentarisches Kabinett.

Prag, 5. 12. (Sonderdienst der DAZ.)

Schramek hat dem Präsidenten Masaryk mitgeteilt, daß seine Bestrebungen, sich die einmütige Unterstützung der Koalitionsparteien zur Bildung des Kabinetts zu sichern, keinen Erfolg gehabt haben. Präsident Masaryk verhandelte darauf mit den Führern der Koalitionsparteien. Das Resultat dieser Verhandlungen ist noch nicht bekannt. Die Zeitungen betrachten die Lage je nach ihrem Parteistandpunkt. Zum Teil wird versichert, daß der Präsident jetzt den Führer der Sozialdemokraten, der drittstärksten Koalitionspartei, mit der Kabinettsbildung beauftragen wird. Andere glauben, daß Herr Svelha einen neuen Auftrag erhalten wird. Diese Kombinationen haben aber keine Begründung, da sich die Verhandlungen im engsten Kreise abspielen.

kbg. **Wien**, 5. 12. (Eigenbericht.)

Nachdem die Verhandlungen des tschechischen radikalen Abgeordneten Schramek zur Kabinettsbildung gescheitert sind, hat Präsident Masaryk gestern die Führer der Koalitionsparteien empfangen, um ihre Vorschläge zu hören. Die Meinung der Parteiführer stimmte anscheinend darin überein, daß derzeit eine parlamentarische Regierung nicht möglich erscheint. Präsident Masaryk hatte dann eine lange Unterredung mit dem Chef der Landesverwaltung in Brünn, Dr. Johann Czerny. Es gilt als wahrscheinlich, daß Czerny ein Uebergangskabinett bildet, das vermutlich der Vorläufer eines späteren Kabinetts Svehla sein wird.

*

a. **Paris**, 5. 12. (Eigenbericht.) Der tschechische Außenminister Benesch ist gestern nachmittag, aus London kommend, in Paris eingetroffen. Seine Rückreise nach Prag ist für den Sonntag geplant.

Frankreichs Militärmission in Prag.

Die Stellung der französischen Militärmission ist bekanntlich neu geregelt. General Mittelhauser wird als Generalstabschef enthoben, und seinen Posten wird ein tschechischer General übernehmen. Mittelhauser bleibt der Chef der Militärmission und wird als Berater dem Landesverteidigungsminister zugeteilt. Ein anderer französischer General wird dem neuen Generalstabschef gleichfalls als Berater zugewiesen, und die übrigen Missionsoffiziere werden den Stab für den Missionschef bilden. In den verschiedenen militärischen Schulen verbleiben die französischen Offiziere bis zum Schluß des Schuljahres.

Graf Volpis Rückkehr nach Italien.

fr. **Mailand**, 5. 12. (Eigenbericht.)

Graf Volpi und Unterstaatssekretär Grandi sind gestern in Rom eingetroffen. Ihre Fahrt auf italienischem Boden von Turin über Genua nach Rom glich einem Triumphzuge. Ueberall wurden sie mit Jubel begrüßt. Unterwegs hat Graf Volpi eine Reihe von Interviews gegeben, die materiell nichts Neues bringen, sondern auf die Erklärungen verweisen, die er in der nächsten Woche vor dem Parlament abgeben wird. Immer wieder hat Graf Volpi aber betont, wie Mussolini drüben in Amerika legendäre Verehrung genieße, und ferner hat er mit Nachdruck betont, wie wichtig es für die italienische Wirtschaft sei, daß die Währung jetzt stabilisiert wäre. Die Zeitungen veröffentlichen den Wortlaut des Washingtoner Schuldenabkommens, der erst jetzt hier bekanntgegeben wird.

*

fr. **Mailand**, 5. 12. (Eigenbericht.)

In der Kammer ist der Gesetzentwurf verteilt worden, der den deutsch-italienischen Handelsvertrag betrifft. Die Begründung zum Entwurf, die sehr ausführlich ist, betont zunächst, daß dieser Handelsvertrag mit Deutschland eine erste Phase der Wirtschaftspolitik abschließe, die darauf gerichtet wäre, die wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Auslande den Erfordernissen des neuen Italien anzupassen. Der Vertrag mit Deutschland rage aus der Zahl der übrigen heraus, weil Deutschland sowohl als Einfuhr- als auch als Ausfuhrland an dritter Stelle in der italienischen Handelsstatistik sich befinde. In der Einzelbegründung der Tarife wird gesagt, daß die Zugeständnisse an Deutschland an Wichtigkeit denen gleichkommen, die Deutschland vor allem dem italienischen Weinbau gemacht habe.

Um die italienischen Provinzialwirtschaftsräte.

fr. **Mailand**, 5. 12. (Eigenbericht.)

Die italienische Kammer berät zurzeit das Gesetz über die Provinzialwirtschaftsräte, durch das bekanntlich Handelskammern und Landwirtschaftskammern zusammengefaßt werden und in einen engen Kontakt mit der Regierung gebracht werden sollen. Diese Vereinigung der wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper empfahl Wirtschaftsminister Belucci in seiner Begründungsrede, besonders auch mit dem Hinweis auf die Verschmelzung von Industrie- und Wirtschaftsministerium zu einem Ministerium, die sich für Italien gerade wegen der neuen italienischen Handelsvertragsverhandlungen besonders bewährt habe, denn dadurch sei verhindert worden, daß Landwirtschaft und Industrie gegeneinander ihre Interessen verfechten.

Der französische Senat billigt das Finanzgesetz.

a. **Paris**, 5. 12. (Eigenbericht.)

Der Senat hat die Loucheurschen Finanzmaßnahmen ohne Abänderung in ihrer Gesamtheit mit 205 gegen 26 Stimmen angenommen. Der Artikel über die neue Inflation von sechs Milliarden wurde mit 196 gegen 59 Stimmen gutgeheißen. Briand erklärte, daß er ebenso Gegner der Konsolidation wie der Inflation sei, daß ihm aber zur Abwehr der derzeitigen Gefahr kein anderer Ausweg übrig bleibe, als die Ausgabe von neuen Banknoten. Im Laufe der Sitzung richtete Millerand heftige Angriffe gegen das Linkskartell und erweckte auf deren Bänken zeitweise große Tumulte.

Oesterreich vor dem Völkerbund

Zoll- und Wirtschaftsfragen in Mitteleuropa.

sch. **Genf**, 5. 12. (Eigenbericht.)

Dem Wirtschaftskomitee gelang es auch gestern nicht, die richtige Tonart der Formel zu finden, in der den Nachbarstaaten Oesterreichs eine Milderung ihrer gegen Oesterreich gerichteten Zollsätze empfohlen werden soll. Das zur Abfassung der Resolution gewählte Unterkomitee gelangte dagegen gestern abend zu einem Text, den der englische Vertreter Smith heute der Vollsitzung vortragen soll. Das Wirtschaftskomitee selbst bearbeitete die Frage der Zusammensetzung des Vorbereitungskomitees für die von Loucheur vorgeschlagene Weltwirtschaftskonferenz. Die Ernennungen sollen in der ordentlichen Ratstagung nächste Woche erfolgen. Das Finanzkomitee bearbeitet unter Vorsitz von Dubois (Schweiz) die Frage der Oesterreich zu erwirkenden landwirtschaftlichen Kredite. Das Kontrollkomitee der Garantiestaaten der österreichischen Völkerbundsanleihe, das heute zusammentritt, beschäftigt sich mit der nach Abgang Zimmermanns eintretenden Neuregelung der Kontrolle. Die im Rate nicht vertretenen Gläubigerstaaten, wie Dänemark, Holland und die Schweiz, wurden eingeladen, an der betreffenden Ratssitzung teilzunehmen. Die Schweiz hat jedoch bereits darauf verzichtet.

Die österreichischen Minister Ramek, Mataja und Ahrer werden heute erwartet. Wie verlautet, bringen sie ein im Gleichgewicht befindliches Budget mit.

kbg. **Wien**, 5. 12. (Eigenbericht.)

Aus Genf wird gemeldet, daß Sektionschef Schüller, der Unterhändler Oesterreichs im Wirtschaftskomitee des Völkerbundes, die von Oesterreich seinerzeit erstatteten Vorschläge wegen Maßnahmen zur Besserung der österreichischen Wirtschaftslage zurückziehe. Es handelt sich hier anscheinend um jene vom Außenminister Mataja verfolgten Pläne einer Vorzugszollverbindung zwischen den österreichischen Nachfolgestaaten, die am politischen und wirtschaftlichen Widerstand sowohl Oesterreichs selbst als auch der Nachfolgestaaten gescheitert sind. Die Genfer Tagung beginnt also mit einem Bekenntnis der Niederlage der Politik Matajas.

Schüller hat in Genf von einer Besserung der Wirtschaftslage Oesterreichs gesprochen. Die Ziffern über die steigende Arbeitslosigkeit in Oesterreich sprechen eine gegenteilige Sprache. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen allein in Wien ist in der zweiten Novemberhälfte um 5400 auf 74 621 gestiegen.

Budgetberatungen in Oesterreich.

kbg. **Wien**, 5. 12. (Eigenbericht.)

Der Finanzausschuß des österreichischen Nationalrates führt die Budgetberatungen in raschem Tempo dem Ende entgegen. Die sonst politisch immer sehr umstrittenen Kapitel Heerwesen und Aeußeres sind ohne besondere Zwischenfälle erledigt worden. Auch der Etat des Landwirtschaftsministeriums ist bereits bewilligt. Bei Beratung der Erfordernisse für den auswärtigen Dienst haben die Sozialdemokraten mit Rücksicht auf ihren Konflikt mit dem Außenminister Mataja, obwohl dieser in Genf weilt, sich aus dem Beratungssaal entfernt mit der Begründung, daß sie an einer Beratung dieses Gegenstandes nicht teilnehmen, so lange Mataja im Amte ist. Der großdeutsche Abgeordnete Dinghofer machte die Regierung auf die slowenischen Umtriebe an der Kärntner Grenze aufmerksam, die auf die Loslösung Kärntens von Oesterreich abzielen. Der Vertreter des Außenministeriums teilte im Ausschuß mit, daß die jugoslawische Regierung der österreichischen Regierung zugesichert habe, keine Unternehmungen der nationalistischen Vereine gegen das Gebiet Oesterreichs zu dulden.

Hilfe für die Landwirtschaft.

Vorschläge des preußischen Landwirtschaftsministers.

Der Preußische Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat an die Reichs- und Staatsregierungen eine Denkschrift über die Notlage der Landwirtschaft und über die zu ihrer Behebung notwendigen Maßnahmen versandt. Aus dem Inhalt ist hervorzuheben, daß als wichtigstes Erfordernis für die Wiedergesundung der Landwirtschaft die Wiederherstellung des Preisgleichgewichtes von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Bedarfsgegenständen angesehen wird. Daneben werden Erleichterungen bei Festsetzung und Zahlung der Steuern, Vergünstigung auf dem Gebiete der Eisenbahnfrachten und insbesondere die Senkung des unerträglichen Zinssatzes als wirksame Mittel angesehen, um die Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe wiederherzustellen.

Zur Behebung der Illiquidität der Landwirtschaft wird eine umfangreiche Regelung des landwirtschaftlichen Kreditwesens für erforderlich gehalten. Während die Landwirtschaft in der Vorkriegszeit hauptsächlich auf Realkredit eingestellt war, ist sie jetzt im wesentlichen auf kurzfristigen Personalkredit angewiesen, der infolge der Unmöglichkeit der Abdeckung aus den Ernteerträgnissen im Laufe der letzten Jahre zur unerträglichen Höhe angestiegen ist. Die Personalschulden der preußischen Landwirtschaft werden auf etwa 1,5 Milliarden Reichsmark angegeben, von denen etwa 820 Millionen noch vor der nächsten Ernte abgedeckt werden sollen. Die Stundung eines großen Teiles dieser Kredite wird befürwortet, indes bedeutet diese Maßnahme nur eine Unterstützung des zur Behebung der Illiquidität der Landwirtschaft wichtigsten Heilmittels, nämlich der Umwandlung großer Teile der Personalschulden in tragbare Realschulden. Die Erschließung aller zur Dauerbeleihung in Betracht kommenden Quellen muß versucht werden. Bei dem allgemeinen Kapitalmangel im Inlande dürften die inländischen Mittel hierzu leider nicht ausreichen, so daß die Aufnahme weiterer Auslandskredite unabweisbar erscheint; es muß indes versucht werden, die Anleihebedingungen günstiger als bisher zu gestalten.

Das Erliegen weiter Teile der Landwirtschaft würde einen Minderertrag an Bodenerzeugnissen und die Notwendigkeit erhöhter Einfuhr von Lebensmitteln nach sich ziehen. Weitere Arbeiterentlassungen in der Landwirtschaft und infolge mangelnder Abnahme von Industrieerzeugnissen seitens der Landwirtschaft auch in der Industrie würden eintreten. Ferner würde der Niedergang der Landwirtschaft auf die Einnahmen der Post und der Eisenbahn sowie auf den Eingang der Steuern von weitgehendem Einfluß sein. Es liege daher nicht nur im Interesse der Landwirtschaft selbst, sondern auch im Interesse der allgemeinen Volksernährung und Volkswirtschaft, die Landwirtschaft vor dem drohenden Ruin zu bewahren.

Sozialversicherung 1924/25.

Von
Ministerialdirektor **Grieser** (Reichsarbeitsministerium).

Die Reichsregierung hat heute, am Tage ihres Rücktritts, dem Reichsrat und dem Reichstag eine Denkschrift über die Sozialversicherung 1924/25 übergeben. Wie ein Sachwalter über seine Geschäftsführung Rechenschaft ablegt, berichtet das Kabinett über die Entwicklung der Sozialversicherung seit dem Ende der Inflation und den gegenwärtigen Stand, über Inhalt und Wirkung neuer Gesetze, Versichertenzahl und Leistungsempfänger, Beiträge und Leistungen. Die Denkschrift wird ein Quellenwerk für Wirtschaft, Recht und Statistik; sie erscheint demnächst auch im Reichsarbeitsblatt.

Das deutsche soziale Recht versichert Arbeiter und Angestellte gegen Krankheit und Unfall, Berufsunfähigkeit und Invalidität, für den Fall der Mutterschaft und des Todes. Das Jahr 1883 schuf die Krankenversicherung, in kurzen Abschnitten folgten Unfall- und Invalidenversicherung; am 1. Januar 1913 trat die besondere Versicherung der Angestellten und am 1. Januar 1924 die reichsrechtliche Berufsversicherung der Bergleute in Kraft. Der Aufwand dafür beträgt in Milliarden Mark für 1913: 1,4, für 1924: 2 (tatsächliche Ausgaben rund: 1,64) und für 1925: 2,3.

Das sind Zahlen von riesenhaftem Umfang. Der Aufwandsunterschied hat aber seinen Grund weniger im höheren Leistungsausmaß, als in der größeren Zahl der Versicherten und der Leistungsempfänger. Die Krankenversicherung z. B. gewährt, von der Wochenhilfe abgesehen, heute weder andere noch höhere Leistungen, als vor dem Kriege vorgeschrieben oder zugelassen waren. Die Mitgliederzahl setzte 1884 mit 4 bis 5 Millionen Versicherten ein, war 1913: 14,4, 1914: 16,4 und stieg dann — ohne gesetzliche Aenderung des Personenkreises — auf 19 Millionen im Jahre 1924. Auf das heutige Reichsgebiet berechnet, beträgt der Zuwachs an Kassenmitgliedern gegenüber 1914 rund 3,5 und gegenüber 1913 rund 5 Millionen Versicherte. Er ist die natürliche Folge der Bevölkerungszunahme, insbesondere bei dem Teile des Volkes, der seine Arbeitskraft in abhängiger Stellung verwendet. Er ist auch eine Folge fortschreitender „Industrialisierung“ und „Proletarisierung“. Verändert hat sich auch der Gesundheitszustand: der Industriearbeiter der Gegenwart wird öfter und bleibt länger krank als sein Berufsgenosse vor dem Kriege, als natürliche Folge höherer Krankheitsgefahr und geringerer Widerstandskraft. Sein besonderes Gepräge erhält das Krankenkassenjahr 1924 von der Ungunst des Arbeitsmarktes, von der Einschränkung und Stillegung von Betrieben, von der Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit. Es ist eine soziale und wirtschaftliche Wetterregel: geht die Beschäftigungsziffer zurück, dann steigt die Krankenziffer; sinkt das Lohnkonto, dann geht das Versicherungskonto in die Höhe. Den schlagendsten Beweis dafür liefern die Betriebskrankenkassen; bei ihnen ist der durchschnittliche Jahresbeitrag um 40 v. H. höher als bei den allgemeinen Ortskrankenkassen und fast dreimal so hoch als bei den Landkrankenkassen. Das Verhältnis wäre noch ungünstiger, müßte nicht der Unternehmer, sondern die Betriebskrankenkasse den Personalaufwand tragen. Daher kommt es, daß auf das Beitragsaufkommen von 600 Millionen Mark, das die reichsgesetzlichen Krankenkassen im Jahre 1914 ohne den Krieg erzielt hätten, ein solches von 960 Millionen Mark im Jahre 1924 folgte.

In der Unfallversicherung herrschen zum Teile andere Entwicklungsgesetze. Der Aufwand für Entschädigung, Verwaltung usw. von insgesamt 228 Millionen Mark im Jahre 1913 fiel im Jahre 1924 auf 150 Millionen Mark zurück und wird im Jahre 1925 die Höhe von 192 Millionen Mark erreichen. Im Verhältnis zur Zahl der Versicherten geht die Unfallziffer ständig zurück, bei den Unfällen mit schweren und dauernden Schäden rascher, als bei den Unfällen mit leichten oder vorübergehenden Folgen. Mit dem Rentenniveau sinkt die Unfallast. Diesem hemmenden Gesetz steht ein treibendes gegenüber. Für die Entschädigung ist der Verdienst im letzten Jahre vor dem Unfalle maßgebend. Lohnerhöhungen heben daher das Rentenniveau und mit ihm die Unfallast. Krieg und Inflation hatten zwar diese Entwicklung vorübergehend unterbrochen, insbesondere, weil die Inflationsgesetze den wirklichen Verdienst nicht berücksichtigten und stark auf die Rentenhöhe drückten; die Unfallast 1924 betrug kaum zwei Drittel der Last des Jahres 1913. Mit der unvermeidlichen Aufhebung der Inflationsgesetze — die übrigen Versicherungsarten waren schon früher auf stabile Währung umgestellt — mußte die Unfallast am 1. Juli 1925 sprunghaft steigen, sie wird sich künftig wieder nach der Höhe der Löhne richten. Vom Jahre 1926 an müssen sich dagegen die neuen Sachleistungen — verstärkter Unfallschutz, verbesserte Heilbehandlung, Berufsfürsorge usw. — lastenmildernd bemerkbar machen. Von den Trägern der Unfallversicherung ist zu erwarten, daß sie die neuen Befugnisse, die ihnen das Gesetz auf diesem Gebiete gibt, aufs äußerste und mit baldigem Erfolge ausnutzen.

Die Invalidenversicherung hat etwa 17 Millionen und die Angestelltenversicherung 2 Millionen Versicherte, beide zusammen soviel wie die Krankenversicherung. Zurzeit versorgt die Invalidenversicherung 3,4 Millionen Invaliden, Witwen und Waisen gegen 1,08 Millionen im Jahre 1913. Die Zahl der Rentenempfänger hat sich, insbesondere infolge der Aufnahme der Witwen und Waisen von Kriegsteilnehmern, innerhalb 12 Jahren fast verdreifacht. Mit der zeitlichen Entfernung vom Kriegsende wird die Zahl der Witwen- und Waisenrenten allmählich sinken, die Zahl der Invalidenrentner wird aber steigen. Die Zahl der neuen Invalidenrenten übertrifft die der weggefallenen zurzeit um